

"In unserem besten, wohlverstandenen nationalen Interesse"

Parlament billigt Euro-Rettungspaket / Opposition kritisiert unzureichende Information

rike. BERLIN, 21. Mai. Der Bundestag hat am Freitag mit der Mehrheit der Regierungsfractionen den deutschen Anteil am Rettungspaket für den Euro beschlossen. Auch der Bundesrat stimmte dem Gesetzentwurf zu, dem zufolge Deutschland für strauchelnde Euro-Länder Garantien von bis zu 148 Milliarden Euro bereitstellen soll. Im Bundestag stimmten 319 von 587 Abgeordneten für den Gesetzentwurf von Union und FDP. Die Fraktionen von SPD und Grünen hatten angekündigt, sich zu enthalten, die Linkspartei wollte mit Nein stimmen. Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) verteidigte das Vorgehen der Regierung: "Wir tun das nicht aus Großzügigkeit gegen andere, sondern in unserem besten, wohlverstandenen nationalen Interesse", sagte er in der Debatte. Es sei im Interesse Deutschlands, eingebunden zu bleiben in das weiter zusammenwachsende Europa. Die gemeinsame Währung sei für Deutschland "von einem ganz überragenden Vorteil".

Das "Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus" sieht vor, dass Deutschland Garantien von 123 Milliarden Euro bereitstellt, um Euro-Staaten beizustehen, die in Zahlungsschwierigkeiten sind. Der Garantierahmen kann um 20 Prozent auf 148 Milliarden Euro überschritten werden. Insgesamt soll der europäische Schutzschirm für die Gemeinschaftswährung bis zu 750 Milliarden Euro umfassen: 60 Milliarden Euro aus EU-Mitteln, 440 Milliarden Euro Garantien der Euro-Staaten plus Hilfen des Internationalen Währungsfonds.

Die Opposition kritisierte am Freitag, von der Regierung nicht ausreichend über die Details des Rettungspakets informiert worden zu sein. Außerdem warf sie ihr vor, nicht entschieden genug für eine strengere Regulierung der Finanzmärkte zu sorgen. Wer 148 Milliarden Euro vom Parlament genehmigt bekommen wolle, müsse anders um die Zustimmung werben, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion Kuhn. Nach der Bundestagsdebatte traf die Kanzlerin den neuen britischen Premierminister Cameron. Sie sprach mit ihm auch über eine strengere Regulierung von Hedge-Fonds, der Cameron kritisch gegenübersteht. (Fortsetzung und weitere Berichte Seiten 2, 4 und 6, siehe auch Wirtschaft, Seite 11.)

Der Fraktionschef der Linkspartei, Gysi, sagte während der Bundestagsdebatte, an Kanzlerin Merkel (CDU) gewandt: "Wenn wir hier mal um eine Million Euro kämpfen im Bundestag für einen sozialen oder kulturellen Zweck, dann dauert es neun Monate, bevor wir das Nein bekommen. Aber wenn es um zig Milliarden geht, läuft alles in einer Woche. Das müssen Sie der Bevölkerung mal erklären!" Der Parteivorsitzende der SPD, Gabriel, warf der Regierung vor, in der Frage einer Finanztransaktionssteuer nicht eindeutig Position bezogen zu haben.

Die Regierung hatte eine solche Steuer zunächst abgelehnt, da sie international nicht durchsetzbar, national aber wirkungslos sei. In seiner Rede am Freitag sagte Schäuble nun, die Bundesregierung werde sich auf dem G-20- Treffen in Kanada im Juni für eine solche Steuer einsetzen. Sollte es dort keine Chance dafür geben, wolle sie sich für eine EU-weite Regelung starkmachen - oder auch nur für eine Transaktionssteuer im Euro-Raum, also ohne Einbeziehung des Finanzplatzes London. Gabriel entgegnete: "Wenn das ein ernsthafter Meinungswandel ist, warum beschließen wir das nicht im Deutschen Bundestag?" In Wahrheit habe die Union nichts anderes als einen "faulen Formelkompromiss" mit der FDP hinbekommen. Außenminister Westerwelle (FDP) warf Gabriel hingegen vor: "Es geht doch heute nicht darum, ob Sie die Regierung gut finden. Es geht darum: Wie stehen Sie zu Europa?"

Schäuble sagte, der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt müsse geschärft werden. Zudem müssten die Ursachen der Spekulation bekämpft werden, "und das heißt die Reduzierung der Defizite durch alle Länder der Euro-Zone". Gleich nach der Bundestagsdebatte reiste der Finanzminister nach Brüssel, wo zum ersten Mal die EU- Arbeitsgruppe zur Reform der Währungsunion zusammenkam.

Noch am Freitag reichte der CSU-Abgeordnete Gauweiler in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde gegen das Euro-Rettungspaket ein .